E-03-486 Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand
Beschlussdatum: 06.11.2025

Änderungsantrag zu E-03

Von Zeile 485 bis 495:
Wasserstoffwirtschaft und Investitionen in Speichertechnologien kann der Gasverbrauch in den kommenden Jahren halbiert werden~~. Das ist nötig, denn nur so lässt sich die energiepolitische Abhängigkeit von teuren LNG-Importen aus den USA und autokratisch regierten Staaten beenden. Die im Rahmen des Zoll-Deals geplanten Investitionen von bis zu 750 Milliarden Euro für Trumps LNG-Gas lehnen wir entschieden ab.~~

~~Zu einer Gasunabhängigkeitsstrategie gehört, die Bewilligung zur Förderung von Gas (und Öl) zu begrenzen und keine neuen Gasfördergenehmigungen zu erteilen, kein Vertragsgesetz für ein Unitarisierungsabkommen mit den Niederlanden abzuschließen und die geplante Gas-Förderung vor Borkum abzusagen.~~, sodass wir auf ein sofortiges Frackinggasimportverbot und einen sozialgerechten Gasausstieg bis 2040 hinarbeiten. Das ist nötig, denn nur so lässt sich die energiepolitische Abhängigkeit von teuren Fracking-LNG-Importen aus den USA und autokratisch regierten Staaten beenden.

Wir lehnen die geplanten Investitionen und Energieimporte von bis zu 750 Milliarden Euro für LNG-Gas aus den USA entschieden ab. Fracking verursacht schwere Umweltschäden und gesundheitliche Risiken – von Krebs bis zu Herz- und Atemwegserkrankungen – und darf nicht auf Kosten der Menschen in den Fördergebieten gehen. In Deutschland ist Fracking zurecht verboten, und nun müssen auch die Importe schrittweise gestoppt werden. Zudem darf dabei kein Land oder indigene Gemeinschaften vertrieben oder ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden. Nur so lassen sich teure Abhängigkeiten von LNG-Importen und autokratisch regierten Staaten beenden. Wir setzen auf saubere, sichere und sozial gerechte Energiealternativen.

Zu einer Gasunabhängigkeitsstrategie gehört, die Bewilligung zur Förderung von Gas (und Öl) zu begrenzen und keine neuen Gasfördergenehmigungen zu erteilen, kein Vertragsgesetz für ein Unitarisierungsabkommen mit den Niederlanden abzuschließen und die geplante Gas-Förderung vor Borkum abzusagen.